

# UNIVERSITÄT POTSDAM

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT  
VOLKSWIRTSCHAFTLICHE DISKUSSIONSBEITRÄGE

**Marina Gruševaja**

FORMELLE UND INFORMELLE INSTITUTIONEN  
IM TRANSFORMATIONSPROZESS



Diskussionsbeitrag Nr. 76

Potsdam 2005

Diskussionsbeitrag Nr. 76

**Marina Gruševaja**

**Formelle und informelle Institutionen  
im Transformationsprozess**

Potsdam 2005

Dipl.-Vw. Marina Gruševaja

Universität Potsdam  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,  
insbesondere Wirtschaftspolitik  
Prof. Dr. Norbert Eickhof

Postfach 90 03 27  
D-14439 Potsdam

Tel.: 0331 977-3261  
Fax: 0331 977-3401  
E-Mail: mehgruse@rz.uni-potsdam.de

## **Inhaltsverzeichnis**

1	Einleitung .....	2
2	Institutionen aus ökonomischer Sicht .....	3
3	Rolle der Institutionen in der ökonomischen Theorie .....	5
4	Institutioneller Wandel.....	7
5	Besonderer Fall der Institutionenökonomie: Transformationsländer.....	12
6	Formelle und informelle Institutionen in den Transformationsländern: ein Fall der Inkonsistenz .....	15
7	Fazit.....	18
	Literaturverzeichnis .....	19

*„Geschichte geht uns an. Sie geht uns nicht nur deshalb an, weil wir aus der Vergangenheit lernen können, sondern weil Gegenwart und Zukunft durch den Fortbestand der Institutionen einer Gesellschaft mit der Vergangenheit verbunden sind. Die Entscheidungen von heute und von morgen werden durch Vergangenheit mitgestaltet. Und die Vergangenheit lässt sich nur als Geschichte institutioneller Evolution deuten.“ Douglass C. North*

## 1 Einleitung

Anfang der 90er Jahre, als der Transformationsprozess in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) seinen Anfang nahm, gingen die meisten führenden Ökonomen (die als Ratgeber fungierten) davon aus, dass eine schnelle Umstellung eines Systems von Planwirtschaft auf Marktwirtschaft möglich sei. Dafür sei die Einführung der entsprechenden tragenden Institutionen der Marktwirtschaft notwendig, wie das Rechts- und Finanzsystem, Privateigentum etc. Diese Reformen sind jedoch in relativ kurzer Zeit durchführbar.<sup>1</sup> Daher waren die empfohlenen Transformationsstrategien allein auf die Veränderung von formellen Institutionen gerichtet und versprachen die Erzielung guter Ergebnisse in relativ kurzer Zeit. Die Strategien fußten auf den traditionellen ökonomischen Theorien, wie sie seit Adam Smith bekannt sind und besagen, dass die Einrichtung formeller Institutionen den Erfolg der Marktwirtschaft garantiert. Was jedoch außer Acht gelassen wurde, ist die Tatsache, dass alle als Vorbild genommenen Volkswirtschaften im Laufe der Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte zu den Wirtschaftssystemen wurden, die sie heute sind. Bei den MOEL handelte es sich jedoch um eine rasche und sehr komplexe Systemumstellung.

Mitte der neunziger Jahre stellte man nun fest, dass der Transformationsprozess in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern unterschiedlich schnell verlief und bei Weitem nicht so fortgeschritten war, wie die Transformationsstrategien es vorausgesagt hatten. Außerdem führten gleiche Strategieempfehlungen in verschiedenen Ländern zu unterschiedlichen Ergebnissen. Mit der Zeit wurde es offensichtlich, dass einige wichtige Einflussfaktoren nicht berücksichtigt worden waren. Man wandte sich erneut der Institutionentheorie zu.

---

<sup>1</sup> Vgl. Sachs (1993), S. 236.

Diese Arbeit stellt die unterschiedlichen Richtungen der Institutionenökonomik dar und untersucht, woran die Transformationstheorien gescheitert sind sowie wo die aktuellen Probleme der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer liegen. Die Arbeit schließt mit einem Ausblick ab.

## **2 Institutionen aus ökonomischer Sicht**

Es existiert in der Fachliteratur eine ganze Reihe von unterschiedlich definierten Institutionenbegriffen. Allgemein können Institutionen als gesellschaftliche oder staatliche Einrichtungen verstanden werden, die bestimmte Zwecke erfüllen. Bei den wirtschaftspolitischen Fragestellungen geht man meistens von Institutionen als rechtlich geformten Einrichtungen aus.<sup>2</sup> Dazu gehören sowohl durch privatrechtliche Rechtsnormen gebildete Einrichtungen wie z. B. Eigentum als auch öffentlich-rechtliche Institutionen wie die Verfassung. Diese Institutionen werden durch die momentanen Machträger durchgesetzt und unterliegen ständiger Kontrolle durch die Machtstrukturen. Ein wichtiges Merkmal der rechtlich geformten Einrichtungen ist, dass sie durch bewusstes, strategisches Handeln entstehen und den Ordnungsrahmen einer Volkswirtschaft bilden.

Darüber hinaus existiert ein soziologischer Begriff der Institution. Soziologie als Wissenschaft, die sich mit dem sozialen Zusammenleben beschäftigt, versteht unter Institutionen soziale Gebilde und Organisationen *aller Art*. Der Zweck solcher Institutionen ist, dem Leben einer Gruppe Ordnung zu verleihen. Dies geschieht, indem durch sie bestimmte Regeln festgelegt werden, die von den Gruppenmitgliedern eingehalten werden müssen. Die sozialen Institutionen existieren einerseits als abstrakte, in kulturellen Traditionen niedergelegte regulative Prinzipien (Verhaltensregeln, Normen) und andererseits als konkrete gesellschaftliche Gruppen oder Organisationen (Parteien, Verbände), die nach diesen Prinzipien handeln. Solche Institutionen zeichnen sich durch die relative zeitliche Konsistenz, eine bestimmte Struktur, einen Rückkopplungsprozess sowie Normen, die das Handeln der Menschen leiten sollen, aus. Sie unterliegen sozialer Kontrolle und verwirklichen sich mit Hilfe von Sanktionen. Institutionen im soziologischen Sinne können sowohl das Ergebnis des bewussten, strategischen Handelns als auch das Ergebnis einer evolutorischen Entwicklung darstellen.

Es kann ein irreführender Eindruck entstehen, dass es sich hier um zwei komplett unterschiedliche Institutionsbegriffe handelt, die kaum in einem Zusammenhang zueinander stehen. Sowohl rechtlich geformte als auch soziale Institutionen sind das Ergebnis des menschlichen Handelns, bewussten oder unbewussten, und innerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung besteht die allgemeine Tendenz zur Institutionalisierung zunächst spontan entstandener individueller Verhaltensweisen, Normen und Gruppenbeziehungen.

In den sozial orientierten Wirtschaftswissenschaften wird jedoch eine andere Abgrenzung vorgenommen. Man unterscheidet zwischen formellen und informellen Institutionen. Formelle Institutionen sind alle (sozialen und rechtlichen) von Menschen bewusst geschaffenen Einrichtungen, deren Existenz exogen durch staatliche Autorität garantiert wird. Dazu zählen insbesondere Verfassungen, Regulierungen und Organisationen. Formelle Regeln oder Institutionen bilden die rechtliche Grundlage, den Ordnungsrahmen einer Gesellschaft und geben somit die politisch-ökonomische Struktur eines Staates vor. Unter informellen Institutionen dagegen werden individuelle und gesellschaftliche Verhaltensnormen, Sitten, Gebräuche, moralische und religiöse Werte, Traditionen sowie Ansichten verstanden. Diese sind meistens das Ergebnis der historischen Entwicklung einer Gesellschaft, aber auch der sozialen Interaktion der Individuen untereinander sowie zwischen Individuen und formellen Institutionen.<sup>3</sup> Sowohl formelle als auch informelle Institutionen stellen Restriktionen für das Verhalten von Menschen dar. Der Unterschied besteht darin, dass formelle Regeln im Prinzip durch Beschluss verändert werden können, während informelle Institutionen sich bewussten Änderungen entziehen. Sie werden im Rahmen des Rückkopplungsprozesses weiterentwickelt, z. B. durch Imitation, Tradition und andere Bildungsformen. Darüber hinaus können informelle Regeln nicht nur die Handlungsmöglichkeiten eines Individuums einschränken, sondern auch gleichzeitig als Sanktionen dienen, die den Rückkopplungsprozess verstärken: zum Beispiel das Gefühl der gesellschaftlichen Zugehörigkeit (das Wir-Gefühl), Angst, ausgeschlossen oder als Außenseiter abgestempelt zu werden, Verlust des eigenen Ansehens.<sup>4</sup>

In dieser Arbeit wird eine Definition verwendet, die sowohl formelle Institutionen, wie das Rechtssystem selbst, öffentlich- und privatrechtliche Einrichtungen sowie soziale Organisationen, als auch informelle Institutionen, wie soziale Regeln und Normen, Sitten und Gebräu-

---

<sup>2</sup> Die Institution des Marktes selbst ist zwar keine rechtlich geformte Einrichtung, sie ist jedoch in den rechtlich geformten Rahmen eingebettet.

<sup>3</sup> Vgl. Tridico (2004), S. 5.

<sup>4</sup> Vgl. Tridico (2004), S. 5.

che, die das menschliche Verhalten direkt und indirekt beeinflussen, umfasst. Diese Wahl der Definition ist notwendig, da die Summe formeller und informeller Institutionen, die wirtschaftliches Handeln auf der Makro- und Mikroebene koordinieren, als wirtschaftliches System oder Ordnung bezeichnet werden kann.

### 3 Rolle der Institutionen in der ökonomischen Theorie

Die Transformation eines wirtschaftlichen Systems erfordert radikale Veränderungen der Institutionen verschiedenster Art. Daher ist es interessant zu sehen, wie die Institutionen in die ökonomische Theorie eingebettet sind. In den modernen Wirtschaftswissenschaften gibt es drei verschiedene Herangehensweisen an die Institutionen.

Aus der Sicht der rein neoklassischen Theorie existiert eine einzige Institution, die des Marktes. Die übrigen Institutionen sind exogen vorgegeben und werden in der ökonomischen Analyse nicht gesondert betrachtet. Die Erklärung dafür findet man in der neoklassischen Modellbildung und der Forderung nach maximal effizienter Allokation der Ressourcen. Der einzige effiziente Allokationsmechanismus ist der Markt selbst, welcher wie durch die „unsichtbare Hand“ zur Preisfindung führt. Eine externe Koordinationsinstanz erscheint nicht notwendig. Der Markt führt immer zu einem Gleichgewichtszustand. Damit lassen sich Anpassungsprozesse sehr schwer darstellen. Auch solche Institutionen wie Gerechtigkeit, Regeln, Sitten, Gebräuche sowie die individuellen Motive und das Verhalten spielen in der Neoklassik keine Rolle. Die neoklassische Theorie mit ihren Annahmen der vollkommenen Konkurrenz, vollkommenen Transparenz und des Individuums als homo oeconomicus<sup>5</sup> berücksichtigt kaum Institutionen, da diese nicht direkt zu einer besseren Allokation beitragen und daher ihr Einfluss auf die ökonomischen Größen als neutral verstanden wird.<sup>6</sup>

Die Annahmen der Neoklassik sind für die Fragen der Systemtransformation sowohl realitätsfern als auch nicht problemadäquat.<sup>7</sup> In einer Gesellschaft wird das wirtschaftliche und politische Handeln durch Institutionen beeinflusst. Individuen benötigen die Unsicherheit reduzierende Regeln, um nicht in dem Hobbes'schen Krieg aller gegen alle unterzugehen. Wenn es sich um die (Um-)Gestaltung eines Wirtschaftssystems handelt, ist die explizite Analyse der

---

<sup>5</sup> Charakteristische Merkmale: rationales Handeln, gerichtet auf die individuelle Nutzenmaximierung.

<sup>6</sup> Vgl. Wrobel (2003), S. 382.

<sup>7</sup> Vgl. zur Kritik an der Neoklassik z. B. Koch (1996), S. 2-17, oder Vanberg (2001).

Institutionen unabdingbar. Mit diesen Fragestellungen beschäftigen sich verschiedene ökonomische Schulen und Denkrichtungen der Institutionenökonomik.

Die Institutionenökonomik kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Seit der Klassik beschäftigen sich die Ökonomen mit institutionellen Fragestellungen. Bereits Adam Smith berücksichtigte bei der Herleitung der „unsichtbaren Hand“ Handlungsrestriktionen wie Moral, Sitten und Traditionen. Jedoch sind die früheren institutionenökonomischen Ansätze häufig nicht über ein relativ bescheidenes Anfangsstadium hinausgekommen, da insbesondere soziale Institutionen schwer formalisierbar sind und daher eine theoretische Modellbildung stark erschweren. Sie wurden zu „Nischenprodukten“ in der Ökonomik mit neoklassischer Prägung. Es ist so weit keiner Denkschule gelungen, eine geschlossene Konzeption zu entwickeln, die als Gegenpol zu traditionellen Denkrichtungen fungieren könnte. Dabei zeichnen sich zwei Hauptrichtungen aus.<sup>8</sup>

Als Erstes ist die „alte“ Institutionenökonomik zu nennen.<sup>9</sup> Sie geht davon aus, dass „institutions matter“ und hebt insbesondere die Bedeutung von informellen Institutionen wie Regeln, Gebräuchen, Sitten und sozialen Normen für die wirtschaftliche Entwicklung hervor. Dabei müssen die Institutionen nicht unbedingt dem neoklassischen Begriff der Effizienz entsprechen. Es geht hier nicht um die individuelle Gewinn- und Nutzenmaximierung, sondern lediglich um die Zufriedenheit stiftende Übereinstimmung der Interessen. Institutionen sind dafür da, um den Interessen bestimmter sozialer Gruppen zu dienen, diese zu schützen sowie neue Regeln zu entwickeln. Sie sind dann effizient, wenn sie ihren ursprünglichen Zweck erfüllen.<sup>10</sup>

In den letzten Jahren bemühte man sich eher um eine institutionenökonomische Denkrichtung, die die Defizite des neoklassischen Modells ausgleichen sollte. Daher geht die Neue Institutionenökonomie an die Institutionen anders heran. Libecap unterstreicht, dass „the new institutional economics retains its general attachment to neoclassical economics with its emphasis on individual maximization and marginal analysis, but with attention to transaction costs, information problems, and bounded rationality“<sup>11</sup>. North lehnt die Existenz von neoklassisch effizienten Institutionen ab und betont die wichtige Bedeutung von Machtverhältnis-

---

<sup>8</sup> Vgl. Erlei et al. (1999), S. 41-48.

<sup>9</sup> Ihre Vertreter sind z. B. Veblen, Hodgson.

<sup>10</sup> Vgl. North (1992), S. 6-7.

<sup>11</sup> Libecap (1998), S. 4.



sen bei institutionellen Verträgen. Für ihn ist eine Institution dann effizient, wenn sie zur Minimierung von Transaktionskosten beiträgt. Die wichtigste Rolle einer Institution ist die Reduzierung der Unsicherheit mit dem Ziel, den sozialen Interaktionen einen stabilen und verlässlichen Rahmen zu bieten. Unsicherheit reduzierende Transaktionskosten treten bei einem Tausch, bei Übertragung von Eigentum, bei Neugründungen, beim Schutz des eigenen Wirtschaftens, bei Informationsbeschaffung, aber auch bei Änderungen und zum Erhalt des institutionellen Ordnungsrahmens selbst auf. Auch die Verhandlungskosten müssen berücksichtigt werden. Daher stellen Transaktionskosten nicht ausschließlich finanzielle Belastungen, sondern auch Zeit und andere private und öffentliche Ressourcen dar. Aus diesem Grund dürfen solche Kosten nicht ausschließlich in ökonomischen, sondern auch in sozialen Größen gemessen werden.<sup>12</sup>

#### 4 Institutioneller Wandel

Auf institutionellen Wandel trifft man überall dort, wo es Institutionen gibt. Menschen verändern sich im Laufe der Zeit, so auch die Institutionen. Auch wenn die Vorgehensweisen sich sehr ähneln, können der Verlauf des institutionellen Wandels sowie seine Ergebnisse jedoch sehr unterschiedlich sein. Um dies zu veranschaulichen, reicht es, einen Vergleich zwischen den Unterschieden im Einfluss des Kolonialismus auf die ökonomische Entwicklung asiatischer, afrikanischer und lateinamerikanischer Länder zu ziehen. Auch die unterschiedlichen ökonomischen Leistungen in Mittel- und Osteuropa während und nach der Übergangszeit vom planwirtschaftlichen zum marktwirtschaftlichen System belegen diese Tatsache. Obwohl alle Länder ähnliche Verfassungen und die gleichen formellen Regeln übernommen haben<sup>13</sup>, verlief die sozial-ökonomische Entwicklung dieser Länder extrem unterschiedlich. Daher können wir legitimerweise von der Vermutung ausgehen, dass nicht nur formelle Institutionen die soziale und ökonomische Entwicklung beeinflussen, sondern auch informelle Institutionen eine unter Umständen entscheidende Rolle spielen.

Diese Meinung vertreten immer mehr Wirtschaftswissenschaftler. North, als der bekannteste Vertreter der Neuen Institutionenökonomik, erklärt, dass die Unterschiede in der ökonomi-

---

<sup>12</sup> Vgl. Transformationsbericht der EBRD (2003).

<sup>13</sup> Die Regeln unterscheiden sich je nach Länderblock. Innerhalb des gleichen Länderblocks haben sie jedoch zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt. Die lateinamerikanischen Länder nahmen die Verfassung der USA als Beispiel oder Grundlage für ihre eigenen Verfassungen. Die mittel- und osteuropäischen Länder richteten sich von Anfang an mehr an der EU aus.

schen Entwicklung zweifelsfrei davon abhängen, wie sich die formellen Institutionen entwickeln, aber nicht nur. Darüber hinaus ist die institutionelle Evolution von spezifischen Faktoren abhängig, wie von der Geschichte, von den Werten und Traditionen des Landes, die ihrerseits eigene Besonderheiten aufweisen. Diese stellen die informellen Institutionen dar. Jede institutionelle Entwicklung verläuft pfadabhängig. Der Entwicklungspfad ist nicht allein durch formelle Regeln und Verfassungen bestimmt. Daher kann die institutionelle Entwicklung in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich sein.<sup>14</sup>

Zunehmend mehr Wirtschaftswissenschaftler weisen auf viele ähnliche Merkmale zwischen dem Evolutionsprozess der Institutionen und dem der Natur hin.<sup>15</sup> In ähnlicher Weise wie die darwinistischen Prozesse entwickeln sich Institutionen, indem sie ihre Handlungsweisen an die neuen Umstände anpassen. Dies ist damit zu erklären, dass Menschen, die Institutionen bilden, ihre Gewohnheiten wie auch ihr Verhalten durch eine Art natürliche Selektion weiterentwickeln.<sup>16</sup> Dies bedeutet wiederum, dass der institutionelle Wandel endogen ist. Wichtig ist nun die Frage, wie Institutionen entwickelt werden sollen und was den institutionellen Wandel bestimmt.

### ***Entwicklungspfade des institutionellen Wandels***

In der Fachliteratur findet man verschiedene Systematisierungen zu den Möglichkeiten, wie die Institutionen entwickelt bzw. implementiert werden können. Dabei spielen der Auslöser (Einwirken von innen oder außen), der Ablauf (nacheinander oder paralleler Wandel von formellen und informellen Institutionen) sowie das Ergebnis (harmonisch oder inkonsistent) eine wichtige Rolle. Hier werden drei mögliche Pfade, wie sie in der Literatur zu finden sind, skizziert.

Ein erster Entwicklungspfad des institutionellen Wandels erfolgt durch die Technologieentwicklung. Technologische Entwicklungen lösen den Wandel formeller und informeller Institutionen gleichzeitig aus. Beide Prozesse verlaufen parallel und führen im Ergebnis zu neuen Verhaltensweisen und Gewohnheiten.<sup>17</sup> „An institution does not stand alone. It fits into a sys-

---

<sup>14</sup> Vgl. North (1992), S. 5-7.

<sup>15</sup> Vgl. dazu Hirschman (1974), Wrobel (2003), Veblen (1961).

<sup>16</sup> Vgl. Hodgson (1995), S. 471-477.

<sup>17</sup> Vgl. Veblen (1961), S. 240-245.

tem of institutions, so changing institutions means that the rules of other institutions must adapt and so change“<sup>18</sup>.

Der zweite mögliche Entwicklungspfad kann durch Wertewandel ausgelöst werden. Verhaltensnormen und Gewohnheiten verändern sich in diesem Fall zuerst, stark und unmittelbar beeinflussend die Entwicklung von anderen informellen Institutionen. Diese ihrerseits führen im Endeffekt den Wandel von formellen Institutionen herbei. Fadda beschreibt diesen Prozess folgendermaßen: Werte beeinflussen die Einstellungen, das Wissen wird entsprechend den Einstellungen angeeignet, was auf die Verhaltensnormen und Gewohnheiten unmittelbare Auswirkungen hat. Diese Kette von Einflussfaktoren wirkt sich zum Schluss auf die Institutionen aus. Er unterstreicht allerdings, dass dies eine hinreichende, jedoch nicht notwendige Bedingung des institutionellen Wandels ist, weil Institutionen auch durch einen bewussten Entwurf oder eine Strategie verändert werden können, während die Werte gleich bleiben.<sup>19</sup>

Es ist wichtig an dieser Stelle anzumerken, dass in den beiden oben angeführten Fällen die Veränderungen bzw. der Wandel trotz der unterschiedlichen Entwicklungspfade auf einem natürlichen Weg erfolgen, und zwar aus dem Inneren der Gesellschaft heraus. Institutioneller Wandel kann jedoch auch von außen her eingeleitet werden. Durch strategisch festgelegte Schritte werden formelle Institutionen verändert bzw. neu geschaffen. Die Existenz neuer formeller Institutionen zwingt die Individuen im Rahmen eines Anpassungsprozesses zur Entwicklung von neuen Verhaltensweisen und Gewohnheiten. Diese ihrerseits führen langsam zum Wandel informeller Institutionen.<sup>20</sup>

### ***Pfadabhängigkeit des institutionellen Wandels***

Pfadabhängigkeit<sup>21</sup> besagt nichts anderes als „history matters“. Wenn es um die Umgestaltung des institutionellen Rahmens geht, so spielen die bereits existierenden Institutionen, sowohl formelle als auch informelle, eine wichtige Rolle. Auch bei der Umgestaltung/Umstellung der

---

<sup>18</sup> Veblen (1961), S. 245.

<sup>19</sup> Vgl. Fadda (2002), S. 21.

<sup>20</sup> Manche Autoren unterscheiden dazu noch institutionellen Wandel, der durch die Revolution ausgelöst wird. Die Veränderungen erfolgen wie bei einem strategisch geplanten Wandel, nur impulsiver und weniger strukturiert. Da jedoch Revolution auch eine Strategie von bestimmten Gesellschaftsgruppen darstellt, wird hier auf diese Klassifizierung verzichtet. Dazu vgl. Tridico (2004), S. 15.

<sup>21</sup> Der *path dependence*-Ansatz bzw. der Begriff der Pfadabhängigkeit wurde ursprünglich zur ökonomischen Erklärung des technischen Wandels durch Brian W. Arthur entwickelt. North übertrug dann diesen Ansatz auf die Gesellschaft, indem er institutionellen Wandel untersuchte. Dabei stellt er die Frage, wie divergieren-

Wirtschaftssysteme hat man nie mit einer *tabula rasa* oder institutionellem Vakuum zu tun. Sowohl in der Wirtschaftswissenschaft als auch in der Soziologie gibt es eine Menge von unterschiedlichen Ansätzen, die Pfadabhängigkeit erklären. North fasst den Wandel der Institutionen als eine schrittweise Veränderung formeller und informeller Regeln. Er geht jedoch von der Existenz vorgegebener Entwicklungspfade aus, die entweder gar nicht oder nur sehr schwer verlassen werden können.<sup>22</sup> Stark dagegen versteht unter Pfadabhängigkeit die Tatsache, dass die Wahlmöglichkeiten der Individuen, die neue Richtungen einschlagen wollen, durch die bereits existierenden Institutionen begrenzt sind. Er distanziert sich von der Annahme, dass es schon vorgezeichnete Wege gibt. „Institutions limit the field of action, they preclude some directions, they constrain certain courses.“<sup>23</sup> Alle Ansätze haben Folgendes gemeinsam: Sie gehen von der zeitlichen Stabilität der Institutionen, von den sich selbst verstärkenden Rückkopplungsprozessen und der Nicht-Vorhersehbarkeit der Ergebnisse aus.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Ansatz der Pfadabhängigkeit in der institutionellen Ökonomie impliziert, dass anfängliche Zufälle zu einer Prägung eines evolutionären Pfades führen können. Dieser Pfad muss aber nicht der beste sein. Die Entwicklung kann zu suboptimalen Ergebnissen führen. Der Begriff Pfadabhängigkeit bedeutet, dass historisches institutionelles Erbe die Auswahl der Möglichkeiten und/oder Optionen bei der institutionellen Innovation begrenzt. Alle Pfadabhängigkeitskonzepte gehen von einer graduellen institutionellen Entwicklung aus.

### ***Inkonsistenz der institutionellen Entwicklung***

Eine langsame, graduelle Entwicklung der Institutionen ist aus der Sicht der Pfadabhängigkeitskonzepte für eine Volkswirtschaft am günstigsten. Der Versuch, im Rahmen eines Transformationsprozesses Institutionen aus den marktwirtschaftlich organisierten Ländern einfach umzusetzen, birgt die Gefahr, dass die Entwicklung von formellen und informellen Institutionen zu stark divergiert. Diese Inkonsistenz in der institutionellen Entwicklung führt unter Umständen zu Problemen bei der Durchsetzung und der Akzeptanz der neuen formellen Regeln.<sup>24</sup>

---

de Leistungen unterschiedlicher Wirtschaften zu erklären sind. Im Ergebnis setzt er Institutionen und die Art und Weise ihres Wandels in Beziehung zur Leistung einer Volkswirtschaft.

<sup>22</sup> Vgl. North (1992), S. 98-124. Damit entfernt sich North vom evolutorischen Ansatz, der vorsieht, dass die schlechteren Institutionen durch den Wettbewerb selektiert werden.

<sup>23</sup> Stark (1992), S. 21.

<sup>24</sup> Vgl. Streit/Mummert (1996), S. 12.

Beim institutionellen Wandel, der durch technologische Entwicklungen ausgelöst wird, verläuft die Entwicklung von formellen und informellen Institutionen, wie schon oben erwähnt, parallel und pfadabhängig. Dabei ist die Gefahr der Inkonsistenzen in der institutionellen Entwicklung sehr gering. Beim Wertewandel könnte es eher zu Inkonsistenzen kommen, die darin bestehen, dass die Veränderung von formellen Institutionen hinter dem Wandel von informellen Institutionen herläuft, was jedoch kaum zu Implikationen führen dürfte. Da formelle Institutionen von Gesellschaftsmitgliedern geformt und umgesetzt werden und der Wandel von Tradition, Bräuchen, Sitten, Ansichten und Gewohnheiten in ihren Köpfen schon vorher stattgefunden haben muss, sind auch hier weniger Probleme zu erwarten. Die formelle institutionelle Entwicklung erfolgt in diesem Fall etwas langsamer. Im Ergebnis bietet die technologische Entwicklung die beste Voraussetzung für einen harmonischen graduellen institutionellen Wandel.

Die letzte Variante des institutionellen Wandels durch eine vorher festgelegte Strategie ist unter Wirtschaftswissenschaftlern besonders umstritten. Hayek war der Meinung, dass ein konstruktivistischer Akt der Institutionensetzung nicht möglich ist. Die Institutionen sind lediglich „Ergebnis menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs“<sup>25</sup>. Die Frage, wer die Strategie entwirft, spielt dabei eine marginale Rolle, solange keine Legitimation durch die Bevölkerung stattfindet. Eine strategische Vorgehensweise kann von den alten/neuen Machtstrukturen selbst aus Eigeninitiative festgelegt oder von externen Beratern/Organisationen empfohlen bzw. eingefordert werden. Besonders problematisch ist es bei den institutionellen Veränderungen, die sehr komplex und allumfassend sind.<sup>26</sup> Je umfassender der Wandel von formellen, desto schwieriger ist die Anpassung der informellen Institutionen. Neue Verfassung und Ordnungsrahmen können in relativ kurzer Zeit und insbesondere bei einem stark ausgeprägten Machtmonopol durchgesetzt werden, das individuelle Verhalten wird jedoch diesen Änderungen nicht so schnell folgen können. Die Individuen werden versuchen, die neuen Regeln zu umgehen. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass die Sozialisierungsprozesse wesentlich größere Zeiträume benötigen.<sup>27</sup> Umso stärker wird voraussichtlich die Diskrepanz zwischen dem formellen Ordnungsrahmen und den individuellen Verhal-

---

<sup>25</sup> Hayek (1969), S. 97.

<sup>26</sup> Bei marginalen Veränderungen geht es beispielsweise um eine institutionelle Anpassung der westeuropäischen Länder wie etwa im Rahmen der Harmonisierung von institutionellen Regeln innerhalb der EU. Bei umfassenden Veränderungen geht es dagegen um eine Änderung des gesamten politischen und/oder wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmens einschließlich der Verfassung. Beispiele dafür bieten lateinamerikanische und asiatische Länder nach dem Ende des Kolonialismus und osteuropäische Länder nach dem Zusammenbruch des Ostblocks.

<sup>27</sup> Vgl. Streit/Mummert (1996), S. 6.

tensnormen, die sich über längere Zeitperioden herausgebildet haben und durch Pfadabhängigkeit geprägt sind.

Im Endeffekt wird der institutionelle Wandel durch die Inkonsistenz in der Entwicklung von formellen und informellen Institutionen verlangsamt. Diskrepanzen zwischen der raschen Umsetzung der formellen Regeln und der pfadabhängigen Entwicklung von Verhaltensnormen sowie Traditionen verursachen zwischeninstitutionelle Konflikte. Die Erreichung des Zielergebnisses wird letztendlich nur schwer voraussagbar. Probleme dieser Art lassen sich gerade in den mittel- und osteuropäischen Ländern in besonderer Stärke beobachten.

## **5 Besonderer Fall der Institutionenökonomie: Transformationsländer**

Eine institutionelle Transformation wurde von Wirtschaftswissenschaftlern schon immer als das Kernstück der Reformen in den postkommunistischen Ländern angesehen. Die Unterschiede in den institutionellen Konzepten führten jedoch zu verschiedenen Empfehlungen. Im Jahre 1989, nach dem Zusammenbruch des planwirtschaftlich organisierten Ostblocks, begann in Mittel- und Osteuropa der langwierige und sehr komplexe Prozess der Transformation zur Marktwirtschaft. Die Änderungen betrafen alle wirtschaftlichen und sozialen Bereiche. So wurde nicht nur der ökonomische, sondern auch der institutionelle Rahmen in kurzer Zeit neu geschaffen. Im Gegensatz zum langsamen Verlauf einer natürlichen institutionellen Evolution wurden die auf den institutionellen Wandel gerichteten Reformen durch politische und ideologische Entscheidungen determiniert.<sup>28</sup> Es wurden bestimmte Ziele gesetzt und vielversprechende Big-Bang-Strategien entworfen. Die Schnelligkeit der Umsetzung war besonders entscheidend.<sup>29</sup> Dabei ging man davon aus, dass sich dann, wenn die Implementierung der Institutionen des privaten Eigentums, des Finanzsystems, neuer ökonomischer und administrativer Organisationen sowie anderer formeller Institutionen abgeschlossen ist, die Individuen von allein an die neuen Regeln anpassen werden. Es wurde jedoch außer Acht gelassen, dass informelle Regeln im Gegensatz zu formellen nicht von außen vorgegeben und sofort internalisiert werden können. Daher ist der Wandel von Verhaltensnormen, Gewohnheiten und Einsichten noch heute nicht vollzogen. Die informellen Institutionen sind noch nicht transformiert. Die meisten Wirtschaftssubjekte bedienen sich der alten ökonomischen Logik. Dadurch

---

<sup>28</sup> Jeffrey Sachs hielt es für möglich, die institutionellen Grundlagen für ein marktwirtschaftliches System innerhalb eines Jahres zu schaffen. Dazu vgl. Sachs (1993), S. 236.

<sup>29</sup> Vgl. Streit/Mummert (1996), S. 12.

entsteht die Inkonsistenz in der Transformation von formellen und informellen Institutionen. Diese bremst die wirtschaftliche Entwicklung der Länder, indem sie Unsicherheit und Instabilität in den ökonomischen Beziehungen auslöst.<sup>30</sup>

Wenn von einem weiten Begriff der Institutionen ausgegangen wird, der sowohl formelle als auch informelle Institutionen erfasst, so ist es nicht genügend, bei einem institutionellen Wandel nur die formellen Regeln zu verändern, um zu einem neuen System zu gelangen. Genauso wichtig wie die Etablierung eines neuen Ordnungsrahmens ist die Veränderung der Mentalität der Wirtschaftssubjekte. Die alten informellen Institutionen werden ihre Existenz auch im neuen System fortsetzen, selbst wenn sie wegen ihres starken Bezugs auf die Vergangenheit im Sinne der traditionellen und Neuen Institutionenökonomie ineffizient sind.<sup>31</sup> Der permanente, sich selbst verstärkende Rückkopplungsprozess ist für die Pfadabhängigkeit solcher Entwicklungen zuständig.<sup>32</sup> Der institutionelle Entwicklungspfad wird außerdem durch das Zusammenspiel zwischen den neuen formellen Institutionen und fortbestehenden sozialen Normen beeinflusst. Tatsächlich lässt es sich heute beobachten, dass in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern einige der alten Institutionen überlebt haben, während andere verschwunden sind. Diesbezüglich lassen sich auch Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern feststellen, die damit erklärt werden können, dass jede Gesellschaft, jedes Land seine eigene Geschichte, seinen eigenen Entwicklungspfad, eigene Sitten und Bräuche, sprich eigene Werte hat.

Die Theorie der Pfadabhängigkeit kann den Ursprung vieler Probleme des Transformationsprozesses erklären. Pfadabhängigkeit ist das Ergebnis und gleichzeitig die Ursache für die beharrliche Präsenz und für den Einfluss der Vergangenheit, die das individuelle Verhalten in der aktuellen Situation steuert. Sie ist jedoch nicht ausreichend, um den institutionellen Wandel in den mittel- und osteuropäischen Ländern umfassend verstehen und erklären zu können. Auch weitere Faktoren, die den Transformationsprozess stark beeinflussen, müssen berücksichtigt werden. Einer der Wichtigsten dabei ist das komplexe Wechselspiel zwischen formellen und informellen Institutionen.<sup>33</sup>

---

<sup>30</sup> Vgl. Tridico (2004), S. 26.

<sup>31</sup> Weder minimieren sie die Transaktionskosten, noch erfüllen sie ihre ursprünglichen Ziele, weil sie dem neuen System nicht mehr entsprechen.

<sup>32</sup> Vgl. Ackermann (2001), S. 16-17.

<sup>33</sup> Vgl. Ackermann (2001), S. 16-17.

Bei der Schaffung des neuen Ordnungsrahmens, oder anders gesagt, bei der Implementierung von neuen formellen Regeln, steht das neue System in der wechselseitigen Interaktion zu den vorherrschenden Verhaltensnormen und Wertesystemen von Menschen bzw. Menschengruppen in einer bestimmten Periode. Neben der pfadabhängigen institutionellen Entwicklung beeinflusst auch der Verlauf dieses Wechselspiels die neu entstehenden formellen Institutionen. Die informellen Institutionen können einerseits das bestehende System unter starken Druck setzen und die Veränderungen auslösen. Andererseits können die vorherrschenden Verhaltensnormen (verursacht durch informelle Regeln) die Bildung des neuen institutionellen Systems, das im Entstehen begriffen ist, stark bremsen.<sup>34</sup> Daher ist es sehr wichtig zu verstehen, wie Individuen auf einen unerwarteten, sich sehr schnell vollziehenden institutionellen Wandel reagieren und ihr individuelles Verhalten dementsprechend anpassen. Drei Elemente können starke Unsicherheit verursachen: die Geschwindigkeit des Prozesses, mangelnde Voraussagbarkeit seines Verlaufs und des Ergebnisses sowie Anpassung als einzige Reaktionsmöglichkeit seitens des Individuums.<sup>35</sup> Das Verhalten der Individuen bzw. Gruppen, die durch das neue System ihre Vorteile eingeschränkt sehen oder gar verlieren, sowie das Zusammenspiel von gesellschaftlichen und politischen Machtgruppen determinieren den institutionellen Wandel und können zu Entwicklungssprüngen führen, wobei der vorherige Entwicklungspfad verlassen und ein neuer eingeschlagen wird.

Der Transformationsprozess in den Ländern Mittel- und Osteuropas stellt eine besondere Art von institutioneller Evolution dar, die durch verschiedene Faktoren gekennzeichnet ist: Pfadabhängigkeit, Implementierung des neuen institutionellen Rahmens durch exogene politische Entscheidungen, Veränderungen in der marktwirtschaftlichen Nachfragestruktur, Wechselspiel zwischen den zum Teil gegensätzlichen Regelungen, Generationenkonflikt aufgrund unterschiedlicher Normen, zum Teil instabile Machtstrukturen und die Kapazität des Staates zur Implementierung und Durchsetzung des neuen Systems. Eine genaue Analyse der Probleme legt die Vermutung nahe, dass eine Inkonsistenz in der Entwicklung von formellen und informellen Institutionen vorliegt.

---

<sup>34</sup> Vgl. Tridico (2004), S. 26.

<sup>35</sup> Die Alternative Abwanderung oder Flucht wird im Falle eines Staates ausgeschlossen.



## **6 Formelle und informelle Institutionen in den Transformationsländern: ein Fall der Inkonsistenz**

Die Transformation von Plan- zu Marktwirtschaft ist nicht nur eine ökonomische Transformation. Sie bezieht auch die Entwicklung einer neuen marktwirtschaftlichen Kultur, anderer Werte, verschiedener Institutionen, Einführung der Eigentumsrechte etc. ein. Sie benötigt einen sehr hohen finanziellen sowie zeitlichen Aufwand.<sup>36</sup> Marktwirtschaft ist nicht nur ein anderes wirtschaftliches System zur Allokation von Ressourcen, sondern auch eine andere Art und Weise zu leben, die ein anderes Verhalten der Individuen voraussetzt. Die Transformation besteht in einer permanenten Interaktion zwischen formellen Institutionen, auf denen das neue System beruht, und informellen Institutionen, die durch das individuelle Verhalten sowie durch historisch bedingte soziale Entwicklungen (Werte, Traditionen, Mentalität) determiniert sind.

Wie im vorherigen Kapitel erklärt, bringt die Inkonsistenz zwischen dem Wandel von formellen und informellen Institutionen hohe Transaktionskosten mit sich. Diese äußern sich in Aktivitäten wie Lobbyarbeit, Bildung von Machtclustern, Korruption, Zeitverschwendung und finanzielle Aufwendungen zur Reduzierung von Unsicherheit. Je größer die Diskrepanzen in der institutionellen Entwicklung, desto höher sind die Transaktionskosten, die die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen.

Die erste Ursache der hohen Transaktionskosten ist durch die Public-Choice-Theorie erklärbar. Jede Entwicklung in die Richtung neuer Spielregeln in einer Gesellschaft wird immer von den alten Verhaltensnormen und dominierenden Sitten beeinflusst. Dies führt fast unvermeidlich dazu, dass die durch den Wandel schlechter gestellten und ihn daher ablehnenden Gruppen versuchen werden, ihre Interessen durch *rent-seeking*<sup>37</sup> und Lobbybildung zu verteidigen. Das könnte sogar so weit gehen, dass wir eine Gesellschaft erhalten, in der die ökonomischen Agenten in die entgegengesetzten Richtungen agieren, weil sie sehr unterschiedliche Ziele und Strategien zu deren Erreichung verfolgen. Die unterschiedlichen Normen (die alten und die neuen) werden nicht nur koexistieren, sondern auch miteinander konkurrieren. Im Allgemeinen kann man zwei verschiedene Bündel von Normen feststellen. Ein Bündel wird von den die neuen Entwicklungen bejahenden Gruppen unterstützt, die zum Wandel bereit sind

---

<sup>36</sup> Vgl. Olson (2002), S. 151-153.

und die sich vom neuen System mehr Chancen versprechen. Ein anderes Bündel bevorzugen die Individuen, die davon überzeugt sind, dass das alte System ihnen mehr Vorteile bringt.<sup>38</sup> Durch das Aufeinandertreffen dieser zwei Bündel von Normen werden mehr oder weniger starke Konflikte verursacht. Die Transaktionskosten steigen stärker, als dies bei einer langsamen evolutorischen Entwicklung der Fall wäre. Gelänge es, die Entwicklungsprozesse der formellen und informellen Institutionen in bessere Übereinstimmung miteinander zu bringen, würden der Normenkampf alt gegen neu gemindert und dadurch die Durchsetzung der neuen Regeln erleichtert.

Zweitens steigen bei starken Diskrepanzen in der Entwicklung von formellen und informellen Institutionen die Unsicherheit und damit die Transaktionskosten, die bei der Reduzierung von Unsicherheit anfallen.<sup>39</sup> Im Verlauf der Transformationsprozesse in den verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern lassen sich zum Teil extreme Unterschiede feststellen, die durch unterschiedliche Interaktion zwischen formellen und informellen Regeln erklärt werden können. In den Ländern, in denen der Wandel der formellen Institutionen in einer besseren Übereinstimmung mit dem Wandel der informellen Institutionen erfolgt, sind die Transaktionskosten niedriger und die Akzeptanz durch die Individuen höher.<sup>40</sup> Dadurch wird auch die ökonomische Performance positiv beeinflusst. Wäre eine solche Übereinstimmung mit politischen/wirtschaftspolitischen Mitteln leicht erreichbar, würden die Transformationsprozesse viel ähnlicher und möglicherweise schneller verlaufen.<sup>41</sup> Das größte Problem ist jedoch, dass informelle Institutionen politisch schwer beeinflussbar sind. Bei Diskrepanzen zwischen den formellen und informellen Institutionen können Politiker die informellen Regeln im Gegensatz zu den formellen nicht direkt beeinflussen oder unmittelbar verändern.<sup>42</sup>

Zum Schluss soll gesagt werden, dass die in den Ländern Mittel- und Osteuropas zu beobachtenden Probleme wie Korruption und Steuerhinterziehung, bürokratische und administrative Ineffizienz, Beharrlichkeit ineffizienter alter Industrieunternehmen, Aufwendungen politischer Ressourcen zum Schutz von bestimmten Interessengruppen und zum Teil noch bestehende Unsicherheit in den Eigentumsrechten das Ergebnis der unterschiedlichen Entwick-

---

<sup>37</sup> Die den Wandel ablehnenden Individuen sind eher bereit, mehr zu zahlen, um den alten Ordnungsrahmen zu erhalten. Sie können eine repräsentative Lobby oder eine politische Partei bilden, um Vorteile ihrer besonderen Positionen auszunützen.

<sup>38</sup> Vgl. Streit/Mummert (1996), S. 14-18.

<sup>39</sup> Vgl. North (1992), S. 30.

<sup>40</sup> Vgl. Streit/Mummert (1996), S. 6.

<sup>41</sup> Wie anfangs erwähnt, benötigt der Wandel der formellen Institutionen bei Weitem weniger Zeit als der Wandel der informellen Institutionen.

lungsdynamik von formellen und informellen Institutionen sind. Auch der im Mai 2004 erfolgte EU-Beitritt der 8 mittel- und osteuropäischen Transformationsländer garantiert noch lange nicht die Funktionalität der im Rahmen des *acquis communautaire* übernommenen formellen Regeln. Das Problem der Inkonsistenz bleibt bestehen und führt weiterhin zu hohen Kosten oder Vorteilsverlusten, die die wirtschaftliche Leistung sowie Entwicklung dieser Länder negativ beeinflussen.

---

<sup>42</sup> Vgl. North (1992), S. 7.

## 7 Fazit

Die bis in die letzte Zeit hinein dominierende Ansicht, dass die Etablierung der formellen Institutionen in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas für den Systemwechsel von der Planwirtschaft zu einer funktionierenden Marktwirtschaft ausreichend ist, hat sich nicht bestätigt. Im Rahmen der Vorbereitungen zum EU-Beitritt wurde zwar allen Beitrittskandidaten eine funktionierende Marktwirtschaft bescheinigt, aber auch die besonders weit in dem Transformationsprozess fortgeschrittenen Länder haben mit einer ganzen Reihe von internen Problemen wie Korruption, administrativen Ineffizienzen etc. zu kämpfen. Daher schien es notwendig zu überlegen, wo der gedankliche Fehler lag oder welche den Transformationsprozess beeinflussenden Faktoren nicht berücksichtigt worden waren.

Besonders wichtig in dieser Hinsicht scheint die Unterscheidung zwischen formellen und informellen Institutionen zu sein. Nachdem die formellen Institutionen erfolgreich umgewandelt worden sind, gilt die Aufmerksamkeit den informellen Institutionen. Offensichtlich wird die wirtschaftliche Entwicklung durch informelle Regeln stark beeinflusst. Dabei lassen sich zwei wesentliche Probleme feststellen. Erstens, eine parallele, harmonische Entwicklung von formellen und informellen Regeln wäre wünschenswert. Jedoch sind Normen, Traditionen, Sitten etc. durch die politische Einflussnahme nicht direkt zu verändern. Daraus ergibt sich die Inkonsistenz des institutionellen Wandels. Zweitens wird die institutionelle Entwicklung einerseits von der Pfadabhängigkeit beeinflusst, andererseits spielt auch die Interaktion zwischen formellen und informellen Institutionen eine wichtige Rolle. Bei einer bestimmten Konstellation kann das Wechselspiel zwischen diesen beiden Kräften zum Verlassen des ursprünglichen Pfades und zu einem Entwicklungssprung führen.

Als Ergebnis kann unterstrichen werden, dass Interaktion und Inkonsistenz zwischen formellen und informellen Institutionen besonders große Bedeutung für den institutionellen Wandel haben. Während die Interaktion sowohl Chancen als auch Risiken mit sich bringt, ist und bleibt die Inkonsistenz der institutionellen Entwicklung ein wichtiges Problem. Daher lautet die entscheidende Frage, wie das Problem der Inkonsistenz gelöst werden kann.

## Literaturverzeichnis

- Ackermann, R. (2002): Netzwerkeexternalitäten, in: Lehmann-Waffenschmidt, M. (Hrsg.): Perspektiven des Wandels, Marburg, S. 221-242.
- Ackermann, R. (2001): Pfadabhängigkeit, Institutionen und Regelreform, Tübingen.
- Bünsdorf, G. (2002): Perspektiven des Wandels und Perspektiven Evolutorischer Ökonomik, in: Lehmann-Waffenschmidt, M. (Hrsg.): Perspektiven des Wandels, Marburg, S. 17-36.
- Diehl, M. (2002): Evolutorische Ökonomik und Anthropologie, in: Lehmann-Waffenschmidt, M. (Hrsg.): Perspektiven des Wandels, Marburg, S. 497-514.
- EBRD (2003): Transition report 2003: Integration and regional cooperation.
- Engel, G. (1997): Gesellschaftliches Leben, Anreize und Institutionen, in: Pies, I./Leschke, M. (Hrsg.): Mancur Olsons Logik kollektiven Handelns, Tübingen, S. 56-63.
- Erlei, M./Leschke, M./Sauerland, D. (1999): Neue Institutionenökonomik, Stuttgart.
- Eucken, W. (1990): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., Tübingen.
- Fadda, S. (2002): Does the Change of Economic Institutions Require a Change in Value?, Working Paper, Tre University, Rom.
- Geue, H. (1997): Evolutionäre Institutionenökonomik, Stuttgart.
- Greif, A./Latin, D. D. (2001): The Theory of Endogenous Institutional Change, Working Paper, Stanford.
- Gilgenmann, K./Glombowski, J. (2003): Institutionen als Elementareinheiten soziokultureller Evolution, in: Schmid, M./Maurer, A. (Hrsg.): Ökonomischer und soziologischer Institutionalismus, Marburg, S. 163-189.
- Hayek, F. A. von (1969): Freiburger Studien, Tübingen.
- Hebler, M. (2002): Stellt der kognitiv-evolutionäre Ansatz der Wirtschaftspolitik eine sinnvolle Ergänzung der Public-Choice-Theorie dar?, in: Lehmann-Waffenschmidt, M. (Hrsg.): Perspektiven des Wandels, Marburg, S. 415-426.
- Hirschman, A. O. (1974): Abwanderung und Widerspruch, Tübingen.
- Hobbes, T. (2002): Leviathan, Reclam, Ditzingen, (Original: 1651).
- Hodgson G. (1995): The Evolution of Evolutionary Economics, in: Scottish Journal of Political Economy, Vol. 42, S. 469-488.
- Keilbach, M. (2002): Anmerkungen zum Begriff Pfadabhängigkeit in Institutionen – Kann die Evolution versagen?, in: Lehmann-Waffenschmidt, M. (Hrsg.): Perspektiven des Wandels, Marburg, S. 243-254.

- Klump, R. (1999): Wirtschaftswachstum und institutionelle Entwicklung, in: Schubert, R. (Hrsg.): Neue Wachstums- und Außenhandelstheorie, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 269, Berlin, S. 91-128.
- Koch, L. (1996): Evolutorische Wirtschaftspolitik: eine elementare Analyse mit entwicklungspolitischen Beispielen, Tübingen.
- Lehmann-Waffenschmidt, M. (2002): Kontingenz und Kausalität bei evolutorischen Prozessen, in: Lehmann-Waffenschmidt, M. (Hrsg.): Studien zur Evolutorischen Ökonomik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 195, Berlin, S. 247-288.
- Leschke, M. (1997): Informelle Institutionen und die Logik des individuellen Handelns in der Gesellschaft, in: Pies, I./Leschke, M. (Hrsg.): Mancur Olsons Logik kollektiven Handelns, Tübingen, S. 94-97.
- Libecap, G. (1998): The New Institutional Economics and Economic Development, Working Paper, International Centre for Economic Research, Torino.
- Neale, W.C. (1988): Institutions, in: Foundation of Institutional Thought, Vol. 11988, New York, S. 227-256.
- North, D. C. (1992): Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen.
- North, D. C. (1988): Theorie des institutionellen Wandels, Tübingen.
- Olson, M. (2002): Macht und Wohlstand, Tübingen.
- Panther, S. (1997): Soziale Netzwerke und die Logik des kollektiven Handelns, in: Pies, I./Leschke, M. (Hrsg.): Mancur Olsons Logik kollektiven Handelns, Tübingen, S. 71-93.
- Sachs, J. (1993): Poland's Jump to a Market Economy, Cambridge.
- Sartorius, C. (2002): Can Evolutionary Processes Result in Rational Expectations?, in: Lehmann-Waffenschmidt, M. (Hrsg.): Perspektiven des Wandels, Marburg, S. 519-546.
- Schnellenbach, J. (2002): Institutioneller Wandel in der EU: Der Fall der Osterweiterung aus kognitiv-evolutionärer Perspektive, in: Lehmann-Waffenschmidt, M. (Hrsg.): Perspektiven des Wandels, Marburg, S. 373-414.
- Stark, D. (1992): Path Dependence and Privatisation Strategies in East Central Europe, in: East European Politics and Societies, Vol. 6, S. 17-54.
- Streit, M. E./Mummert, U. (1996): Grundprobleme der Systemtransformation, Diskussionsbeitrag Nr. 9, Jena.
- Suchanek, A. (1997): Anreize, Interaktionen und Institutionen: eine konstruktive Kritik der Konzeption Mancur Olsons, in: Pies, I./Leschke, M. (Hrsg.): Mancur Olsons Logik kollektiven Handelns, Tübingen, S. 27-55.
- Tridico, P. (2004): Institutional Change and Economic Performance in Transition Economics: The Case of Poland, Working Paper Nr. 74, Sussex European Institute, Sussex.

- Vanberg, V. (2001): Evolutorische Ökonomik: Homo Oeconomicus, Markt und Institutionen, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, Nr. 01/4, Freiburg.
- Veblen, T. (1961): The Limitation of Marginal Utility, in: The Place of Science in Modern Civilization (Original: 1919), New York, S. 231-251.
- Wrobel, R. M. (2003): Transformationsprozesse aus der Sicht der evolutorischen Ökonomik, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 52. Jg., S. 380-398.
- Wrobel, R. M. (2001): Transformation als Grenzfall langfristigen Wandels: Aspekte einer klassisch-evolutionären Theorie der Systemtransformation, Diskussionspapier 721, Universität Tartu.

**Bisher erschienene Diskussionsbeiträge:**

- Nr. 1      **Eickhof, Norbert/Franke, Martin:** Die Autobahngebühr für Lastkraftwagen, 1994.
- Nr. 2      **Christoph, Ingo:** Anforderungen an eine standortgerechte Verkehrspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 1995.
- Nr. 3      **Franke, Martin:** Elektronisches Road Pricing auf den Autobahnen, 1995.
- Nr. 4      **Franke, Martin:** Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen des Straßenverkehrs durch Zertifikate?, 1995.
- Nr. 5      **Eickhof, Norbert:** Marktversagen, Wettbewerbsversagen, staatliche Regulierung und wettbewerbspolitische Bereichsausnahmen, 1995.
- Nr. 6      **Eickhof, Norbert:** Die Industriepolitik der Europäischen Union, 1996.
- Nr. 7      **Schöler, Klaus:** Stadtentwicklung im Transformationsprozeß - Erkenntnisse aus der deutschen Entwicklung -, 1996.
- Nr. 8      **Schöler, Klaus/Hass, Dirk:** Exportsubventionen im internationalen räumlichen Oligopol, 1996.
- Nr. 9      **Schöler, Klaus:** Tariffs and Welfare in a Spatial Oligopoly, 1996.
- Nr. 10     **Kreikenbaum, Dieter:** Kommunalisierung und Dezentralisierung der leitungsgebundenen Energieversorgung, 1996.
- Nr. 11     **Eickhof, Norbert:** Ordnungspolitische Ausnahmeregelungen - Rechtfertigungen und Erfahrungen -, 1996.
- Nr. 12     **Sanner, Helge/Schöler, Klaus:** Competition, Price Discrimination and Two-Dimensional Distribution of Demand, 1997.
- Nr. 13     **Schöler, Klaus:** Über die Notwendigkeit der Regionalökonomik, 1997.
- Nr. 14     **Eickhof, Norbert/Kreikenbaum, Dieter:** Reform des Energiewirtschaftsrechts und kommunale Bedenken, 1997.
- Nr. 15     **Eickhof, Norbert:** Konsequenzen einer EU-Osterweiterung für den Gemeinsamen Markt und Anpassungserfordernisse der Gemeinschaft, 1997.
- Nr. 16     **Eickhof, Norbert:** Die Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesrepublik und der Europäischen Union - Herausforderungen, Maßnahmen und Beurteilung -, 1997.
- Nr. 17     **Sanner, Helge:** Arbeitslosenversicherung, Lohnniveau und Arbeitslosigkeit, 1997.
- Nr. 18     **Schöler, Klaus:** Die räumliche Trennung von Arbeit und Wohnen - Kritik einer populären Kritik -, 1997.
- Nr. 19     **Strecker, Daniel:** Innovationstheorie und Forschungs- und Technologiepolitik, 1997.
- Nr. 20     **Eickhof, Norbert:** Die Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts, 1998.



- Nr. 21 **Strecker, Daniel:** Neue Wachstumstheorie und Theorie der strategischen Industrie- und Handelspolitik - Fundierte Argumente für forschungs- und technologiepolitische Maßnahmen? -, 1998.
- Nr. 22 **Schirmag, Toralf/Schöler, Klaus:** Ökonomische Wirkungen der Universitätsbeschäftigten auf die Stadt Potsdam und das Umland, 1998.
- Nr. 23 **Ksoll, Markus:** Ansätze zur Beurteilung unterschiedlicher Netzzugangs- und Durchleitungsregeln in der Elektrizitätswirtschaft, 1998.
- Nr. 24 **Eickhof, Norbert/Kreikenbaum, Dieter:** Die Liberalisierung der Märkte für leitungsgebundene Energien, 1998.
- Nr. 25 **Eickhof, Norbert:** Die deutsche und europäische Forschungs- und Technologiepolitik aus volkswirtschaftlicher Sicht, 1998.
- Nr. 26 **Sanner, Helge:** Unemployment Insurance in a General Equilibrium Framework with Firms Setting Wages, 1998.
- Nr. 27 **Never, Henning:** Vielfalt, Marktversagen und öffentliche Angebote im Rundfunk, 1998.
- Nr. 28 **Schöler, Klaus:** Internationaler Handel und räumliche Märkte - Handelspolitik aus Sicht der räumlichen Preistheorie -, 1999.
- Nr. 29 **Strecker, Daniel:** Forschungs- und Technologiepolitik im Standortwettbewerb, 1999.
- Nr. 30 **Schöler, Klaus:** Öffentliche Unternehmen aus raumwirtschaftlicher Sicht, 1999.
- Nr. 31 **Schöler, Klaus:** Wohlfahrt und internationaler Handel in einem Modell der räumlichen Preistheorie, 1999.
- Nr. 32 **Wagner, Wolfgang:** Vergleich von ringförmiger und sektoraler Stadtstruktur bei Nachbarschaftsexternalitäten im monozentrischen System, 1999.
- Nr. 33 **Schulze, Andreas:** Die ordnungspolitische Problematik von Netzinfrastrukturen - Eine institutionenökonomische Analyse -, 1999.
- Nr. 34 **Schöler, Klaus:** Regional Market Areas at the EU Border, 2000.
- Nr. 35 **Eickhof, Norbert/Never, Henning:** Öffentlich-rechtlicher Rundfunk zwischen Anstaltschutz und Wettbewerb, 2000.
- Nr. 36 **Eickhof, Norbert:** Öffentliche Unternehmen und das Effizienzproblem - Positive und normative Anmerkungen aus volkswirtschaftlicher Perspektive -, 2000.
- Nr. 37 **Sobania, Katrin:** Von Regulierungen zu Deregulierungen - Eine Analyse aus institutionenökonomischer Sicht -, 2000.
- Nr. 38 **Wagner, Wolfgang:** Migration in Großstädten - Folgen der europäischen Osterweiterung für mitteleuropäische Stadtstrukturen, 2000.
- Nr. 39 **Schöler, Klaus:** Vertikal verbundene Märkte im Raum, 2000.
- Nr. 40 **Ksoll, Markus:** Einheitliche Ortspreise im Stromnetz und Wettbewerb in der Elektrizitätswirtschaft, 2000.

- Nr. 41 **Sanner, Helge:** Regional Unemployment Insurance, 2001.
- Nr. 42 **Schöler, Klaus:** Zweistufige Märkte bei zweidimensionaler räumlicher Verteilung der Nachfrage, 2001.
- Nr. 43 **Isele, Kathrin:** Institutioneller Wettbewerb und neoklassische Modelle, 2001.
- Nr. 44 **Sanner, Helge:** Bargaining Structure and Regional Unemployment Insurance, 2001.
- Nr. 45 **Sanner, Helge:** Endogenous Unemployment Insurance and Regionalisation, 2001.
- Nr. 46 **Ksoll, Markus:** Spatial vs. Non-Spatial Network Pricing in Deregulated Electricity Supply, 2001.
- Nr. 47 **Ksoll, Markus/Schöler, Klaus:** Alternative Organisation zweistufiger Strommärkte - Ein räumliches Marktmodell bei zweidimensionaler Verteilung der Nachfrage, 2001.
- Nr. 48 **Kneis, Gert/Schöler, Klaus:** Zur Begründung der linearen Nachfragefunktion in der Haushaltstheorie, 2002.
- Nr. 49 **Westerhoff, Horst-Dieter:** Die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik angesichts der EU-Erweiterung, 2002.
- Nr. 50 **Wagner, Wolfgang:** Subventionsabbau um jeden Preis? Wohlfahrtswirkungen von Subventionen im Transportsektor, 2002.
- Nr. 51 **Isele, Kathrin:** Fusionskontrolle im Standortwettbewerb, 2003.
- Nr. 52 **Eickhof, Norbert:** Globalisierung, institutioneller Wettbewerb und nationale Wirtschaftspolitik, 2003
- Nr. 53 **Schulze, Andreas:** Liberalisierung und Re-Regulierung von Netzindustrien - Ordnungspolitisches Paradoxon oder wettbewerbsökonomische Notwendigkeit? -, 2003.
- Nr. 54 **Schöler, Klaus/Wagner, Wolfgang:** Freizeitbewertung und städtische Bevölkerungsverteilung - Theoretische und empirische Ergebnisse -, 2003.
- Nr. 55 **Sanner, Helge:** Imperfect Goods and Labor Markets, and the Union Wage Gap, 2003.
- Nr. 56 **Sanner, Helge:** Imperfect Goods and Labor Markets, Regulation, and Spillover Effects, 2003.
- Nr. 57 **Holzer, Verena L.:** Überblick über die Energiepolitik der Europäischen Union, 2003.
- Nr. 58 **Westerhoff, Horst-Dieter:** Hightech und Infrastruktur - Die Entwicklung der Geoinformationsbranche -, 2003.
- Nr. 59 **Wagner, Wolfgang:** Simulationen von sozialer Segregation im monozentrischen Stadtsystem, 2003.
- Nr. 60 **Wagner, Wolfgang:** Mietpreisbindung für Wohnungen und ihre Wirkung auf die soziale Segregation, 2003.
- Nr. 61 **Eickhof, Norbert:** Freiwillige Selbstverpflichtungen aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht, 2003.

- Nr. 62 **Merkert, Rico:** Die Liberalisierung des schwedischen Eisenbahnwesens - Ein Beispiel vertikaler Trennung von Netz und Transportbetrieb, 2003.
- Nr. 63 **Holzer, Verena L.:** Ecological Objectives and the Energy Sector - the German Renewable Energies Act and the European Emissions Trading System -, 2004.
- Nr. 64 **Schulze, Andreas:** Alternative Liberalisierungsansätze in Netzindustrien, 2004.
- Nr. 65 **Do, Truong Giang:** Tariffs and export subsidies in a spatial economic model, 2004.
- Nr. 66 **Wagner, Wolfgang:** Der räumliche Wohnungsmarkt als lokales Mehrproduktmonopol, 2004.
- Nr. 67 **Sanner, Helge:** Economy vs. History: What Does Actually Determine the Distribution of Firms' Locations in Cities?, 2004.
- Nr. 68 **Schulze, Andreas:** Liberalisierungen in Netzindustrien aus polit-ökonomischer Sicht - Eine positive Analyse der Interessenbedingtheit von Privatisierungen und Marktöffnungen am Beispiel netzgebundener Wirtschaftsbereiche -, 2004.
- Nr. 69 **Wagner, Wolfgang:** Spatial Patterns of Segregation - A Simulation of the Impact of Externalities between Households, 2004.
- Nr. 70 **Wagner, Wolfgang:** Optimal Spatial Patterns of Two, Three and Four Segregated Household Groups in a Monocentric City, 2004.
- Nr. 71 **Wagner, Wolfgang:** A Simulation of Segregation in Cities and its Application for the Analysis of Rent Control, 2004.
- Nr. 72 **Westerhoff, Horst-Dieter:** Wie sich eine Nation arm rechnet - Einige statistische Bemerkungen zum Konzept der relativen Armut -, 2004.
- Nr. 73 **Holzer, Verena L.:** Does the German Renewable Energies Act fulfil Sustainable Development Objectives?, 2004.
- Nr. 74 **Eickhof, Norbert/Isele, Kathrin:** Do Economists Matter? Eine politökonomische Analyse des Einflusses wettbewerbspolitischer Leitbilder auf die europäische Fusionskontrolle, 2005.
- Nr. 75 **Sanner, Helge:** Bertrand Wettbewerb im Raum kann zu höheren Preisen führen als ein Monopol, 2005.
- Nr. 76 **Gruševaja, Marina:** Formelle und informelle Institutionen im Transformationsprozess, 2005.